

Revolutionen, Räte, Erinnerungen und aktuelle Herausforderungen

STEFAN BOLLINGER

Wir alle wissen, dass Geschichte ein sehr vages, vergängliches Feld von Erinnerungen ist. Wenn der letzte Zeitzeuge gestorben ist, bleibt das beschriebene Papier, bleiben steinerne Zeugnisse, die Überlieferungen einer meist unpräzisen *oral history* – zumindest, wenn wir auf die letzten hundert oder hundertfünfzig Jahre blicken. Die sind zumindest für jene von besonderem Interesse, von besonderer Wichtigkeit, die in dieser jüngeren und Zeitgeschichte Erfahrungen, Erkenntnisse und Tabus zu finden hoffen, die für heutige politische Kämpfe interessant sind. Denn wir reden hier von jenen, die mit Gesellschaften, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ sich nicht abfinden und diese gesellschaftlichen Verhältnisse „umwerfen“¹ wollen. Sie stehen für eine Gesellschaft der Selbstbestimmung, der Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung ein. Hans Hautmann war ein Suchender und Findender in diesen Welten wie sicher auch wir, die wir uns als Historiker, Politikwissenschaftler, Gesellschaftswissenschaftler, aber auch als politisch Handelnde nicht mit dem scheinbar so triumphierenden und für die Eingeweihten wieder kenntlicheren Kapitalismus abfinden wollen und können.

Verpasste Gelegenheiten und persönliche Erinnerungen

Wir alle haben den Bruch der Jahre 1989/91 erlebt, als der Realsozialismus in sich zusammenbrach, aber auch sozialdemokratische oder anarchistische Gegenentwürfe ihre Kraft verloren und der Kapitalismus in einer besonders rüden, aggressiven, ausbeuterischen Variante des Neoliberalismus und zunehmend einer rechts-konservativen, teilweise faschistoiden Ausprägung all das zunichte zu machen droht, wofür Linke unterschiedlicher Couleur gelegentlich gemeinsam, oft nebeneinander und nicht selten in Bruderkämpfen verstrickt, gemeinsam mit ehrlichen Demokraten, Pazifisten, Antifaschisten gekämpft haben.

Gerade darum ist es die Verantwortung unserer Zunft, sich dieser Erinnerung an andere Zeiten, an ihre Kämpfe, Niederlagen, aber eben auch Erfolge zu ver-

sichern. Gerade darum ist auch unser Kolloquium zu Ehren Hans Hautmann so wichtig, im Geiste von Bertolt Brechts „Teppichwebern von Kujan-Bulak“ vor allem die Verpflichtung, unsere kämpfenden Vorkämpfer zu ehren, indem wir uns „selber nützen“ und so unserer Sache, dem Sozialismus zu nützen.

Meine erste Bekanntschaft mit der Arbeit von Hans Hautmann war seine mit Winfried R. Garscha verfasste Schrift zu den Februarkämpfen des Jahres 1934,² die 1984 in der DDR erschien. Damals wie auch in der heutigen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Arbeit eines deutschen Linken sind die Ereignisse in Kakanien, in Österreich-Ungarn, in Deutsch-Österreich oder in der Republik Österreich doch eher Ereignisse eines kleinen, manchmal liebenswerten, oft auch grantelnden Nachbarn. Die Kenntnis ist überschaubar, und wenn nicht alljährlich zur Weihnachtszeit Romy Schneiders „Sissi“ über die Bildschirme flimmern würde, eigentlich doch recht fern der Aufmerksamkeit, auch für Linke. Das ist schade, weil die österreichischen Erfahrungen durchaus – bei allen Unterschieden – symptomatisch für dieses vergangene Jahrhundert des zuge-spitzten Ringens gegen den Kapitalismus, für Sozialismus waren. Zudem, weil Österreich leider bewies, dass bei aller Begeisterung für den austromarxistischen Ansatz letztlich die Linken auch hier gescheitert sind – gegen diverse Spielarten eines ständestaatlichen, klerikalen, austrofaschistischen und schließlich sehr deutschen Faschismus, der aber auch solide in der österreichischen Geschichte verwurzelt war und, wie wir heute sehen, auch weiterhin ist.

Mir ist Hans Hautmann gelegentlich auf den legendären Linzer Konferenzen der ITH erstmals persönlich begegnet. Vor allem aber war er für mich wichtig mit seinen regelmäßigen Aufsätzen, in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, aber auch in der Tageszeitung *junge Welt*. Hier lernte ich nicht wenig über den Kampf der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, über die Auswirkungen der juristisch verbrämten Terrorpolitik gegen politisch und national Missliebige in der k.u.k.-Armee, vor allem aber über die enge Verbindung der

österreichischen Klassenkämpfe mit den revolutionären Prozessen, die von den russischen Revolutionen 1917 ausgingen, und die den Krieg durch eine breite Massenbewegung von unten zum viel zu späten Scheitern brachten und auch in den Nachfolgestaaten der Habsburger-Monarchie, wie auch bei uns in Deutschland, die Chance, das Fenster für gesellschaftlichen Wandel eröffneten.

Gerade diese Erfahrungen mit den Texten Hans Hautmanns veranlassten mich, ihn zu einer Konferenz der *Hellen Panke – Rosa Luxemburg Stiftung Berlin* im vergangenen Jahr einzuladen. Sein Referat zu den „Russischen Revolutionen 1917 und den sozialen wie nationalen Neuorientierungen in Kakanien“³ war eine wichtige Erweiterung unseres Horizonts hinsichtlich der weltweit mobilisierenden und inspirierenden Wirkung der russischen Revolutionen 1917. Aus heutiger Sicht kann ich aber nur bedauern, diese Gelegenheit nicht für einen ausführlicheren Austausch mit meinem Gast aus Wien genutzt zu haben. Die Überforderung eines Konferenzorganisations und die leichtfertige Hoffnung, unseren Gast nochmals im Frühjahr 2019 einladen zu können, um ihn zum Problembereich der „Zweiten Revolutionen“, beginnend mit dem Jahr 1919, hören zu können. Aber verpasste Gelegenheiten kommen eben manchmal nicht wieder, was Historiker wissen sollten.

Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik bleiben für linke Politik – und sicher nicht nur für sie, wenn wir uns die vielfältigen Geschichtsrevisionismen der letzten Jahre anschauen – eine fundamentale Voraussetzung für heutige und künftige Politik. Das gilt auch dann, wenn heute linke Politik, auch die meiner Partei, zu sehr von dem Wunsch besetzt ist, vor einem weißen Blatt respektive Screen zu sitzen und alles anders und neu zu machen. Wenn selbst einer meiner Parteivorsitzenden, Bernd Rie-xinger, von einer „eher [...] geschichtslose(n) Partei“ spricht, denn für diese sei „die Bedeutung von Geschichte, der Kämpfe der Arbeiterbewegung, die weit entwickelten Auseinandersetzungen unter den internationalen sozialistischen Parteien um Strategie und Taktik [...] leider eher verschüttet gegangen“.⁴

Trotzdem, die Mühe, sich die Geschichte in ihrer Widersprüchlichkeit anzueignen und nicht nur beim Lecken der Wunden der mitverschuldeten eigenen Niederlage stehenzubleiben, ist unverzichtbar. Erinnerung heißt deshalb eben nicht nur, sich der eigenen Genossen und Kollegen zu erinnern, runde Jahrestage abzufeiern – und dabei oft auch nur neue, kaum begründete Legenden zu konzipieren: Erinnern heißt Kärnerarbeit. In einer sich den politischen Herausforderungen der Gegenwart stellenden Auseinandersetzung mit der Geschichte steht zumindest für deren linken Akteure die Frage des Erinnerns in mehrfacher Hinsicht:

- Erinnern bedeutet tatsächlich Faktensicherung gegen das Vergessen und das Vergessenmachen. Die Geschichte der historischen Linken in ihren vielfältigen Ausformungen ist eine Geschichte von Kämpfen, von Niederlagen, von Märtyrern, aber eben auch Erfolgen, die den heutigen Kapitalismus über lange Jahre mehr oder minder zu bremsen verstanden und wesentliche Zugeständnisse erzwangen.

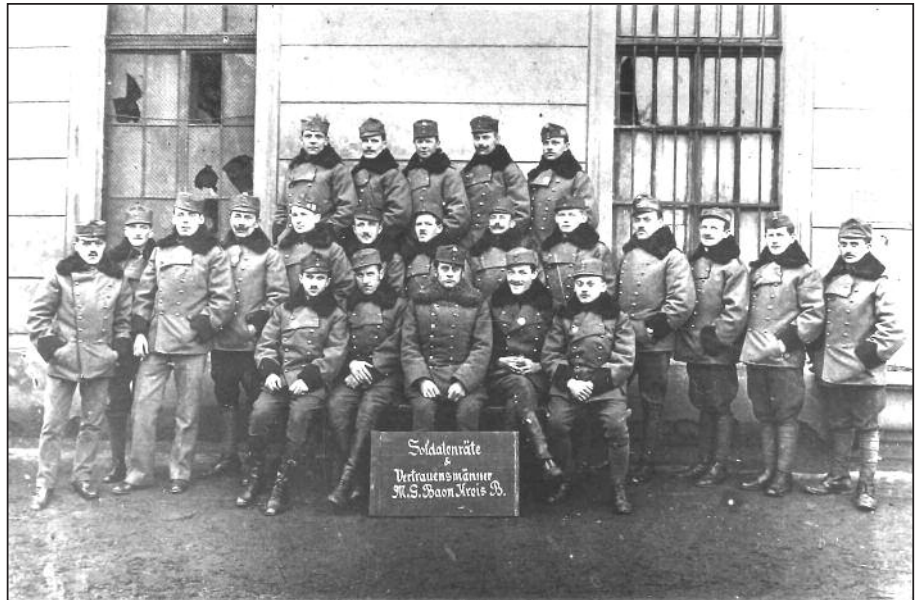
- Erinnern bedeutet, die Härte der Klassenkämpfe, die massiven antidemokratischen Angriffe, Verleumdungen und Verbrechen im Gedächtnis zu halten – zu Ehren der Opfer und in Warnung vor einer Wiederkehr solcher Kampfformen.

- Erinnern bedeutet, jene historischen Wendepunkte und Alternativmöglichkeiten zu verdeutlichen, an denen andere, vielleicht erfolgversprechendere Wege einer linken Politik möglich gewesen waren.

- Erinnern bedeutet, dass jene Fehlleistungen, Irrtümer und Verbrechen benannt werden, die auch vermeintlich linke Politik auslösen kann. Ich erinnere hier nur an Hans Hautmanns Forschungen zu dem einstigen KPÖ-Spitzenfunktionär Franz Koritschoner.⁵ Sie müssen Linken die Zornesröte ins Gesicht treiben, aber eben auch die nüchterne Kritik der eigenen Geschichte nicht vergessen machen.

- Erinnern bedeutet natürlich, die Leistungen radikaler Kämpfer für Frieden, Demokratie und die sozialistischen Ziele im Gedächtnis der Linken, aber auch der Gesellschaft zu bewahren. Gerade die Kämpfer gegen den Faschismus und für eine demokratische Wiederauferstehung des eigenen Landes und für Völkerverständigung sind hier wichtig. Das heißt biografische Forschungen ebenso wie die Einordnung in die politischen Gesamtzusammenhänge.

- Erinnern bedeutet auch den anspruchsvollen, kritischen, aber auch wür-



Soldatenräte des MG-Bataillons Kreis B der Volkswehr, Wien 1918.

digenden Blick auf jene Parteien und Organisationen, die sich dem Kampf für die soziale, politische und nationale Befreiung der Arbeitenden verschrieben haben.

Die Wiederentdeckung der Räte vor 50 Jahren

In diesem Jahr überschwemmt in Deutschland eine große Welle für mich zunächst unerwarteter Erinnerung an die Ereignisse des letzten Kriegsjahres und des Revolutionsjahres 1918 die Öffentlichkeit.⁶ Konnte noch vor zehn Jahren von einer „vergessenen „Revolution“⁷ schwadroniert werden, was sicher auf einen großen Teil der nichtlinken alten Bundesrepublik zutrifft und mit der Verdammung der revolutionären Matrosen, Soldaten und Arbeiter und Arbeiterinnen als bolschewistische Bedrohung der ach so demokratischen Ordnung einherging, so erleben wir heute eine Flut von historischen Untersuchungen, eine große mediale und museale Aufarbeitung. Auch sie ist nicht frei von Stereotypen des Kampfes der letztlich erfolgreichen Linie der rechten Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und der Weimarer Republik gegen die „Extremisten von links und rechts“. Dass dabei meist die vermeintlichen Linksextremisten im Fokus stehen und nur mühsam sich durchsetzt, dass „am Anfang die Gewalt“⁸ war und die rechten militärischen, oft frühfaschistischen Stützen der vermeintlich demokratischen Regierung ihr blutiges Handwerk lieferten, ist für viele eine überraschende Einsicht. Nicht überraschen sollte allerdings, dass die Arbeiter- und Soldatenräte in dieser aktuellen Betrachtung nur eine marginale Rolle spielen und meist mit dem Verweis

auf ihren Extremismus, ihren Chaoscharakter abgewertet werden.⁹

Sei es drum. In der DDR sowieso und in der alten Bundesrepublik im Umfeld der 1968er Studierendenbewegung und geschichtsbewusster Linker hatte sich eine kritische, auf den revolutionären Kampf einer von unten ausgehenden Revolution, auf ihre Organisations- und Parteiformen und nicht zuletzt ihre Rätebewegung fixierte Geschichtsschreibung entwickelt. Für die DDR war dieses Vorgehen verständlich. Hier versuchte die herrschende Partei mit Historikern, aber auch nicht wenigen aufgeschlossenen Bürgern sich der Vorgeschichte dieses sich sozialistisch verstehenden Staates zu versichern, einer Revolution, damals unvollendet, nun endlich verwirklicht.¹⁰ Das Handeln der Massen, sicher mit einem skeptischen Blick auf deren Spontanität und mangelnder Organisation, war der wichtigste Bezugspunkt. Vor allem konzentrierte sich diese Würdigung auf das aus Sicht der SED als Nachfolgerin der KPD wichtigste Ergebnis der Revolution – die, wenn auch viel zu späte und sicher zumindest für die Anfangsjahre zu glorifizierte – Gründung einer kommunistischen Partei. Gleichzeitig wurde den Arbeiter- und Soldatenräten eine herausragende Rolle zugewiesen, nicht zuletzt, vielleicht gar zuallererst als der deutschen Entsprechung der russischen Sowjets. Und dies auch, obwohl jenseits der Sonntagsfestreden, die Rätepraxis in der DDR längst in einem soliden Korsett eines demokratischen Zentralismus in Partei und Staat eingebunden war. Ja, basisdemokratische Elemente waren bis zum Ende der DDR wirksam, aber entscheidend

war die Linie der Partei, die all diese demokratischen Prozesse zu durchdringen suchte.

Die Wiederentdeckung der Revolutionen, der russischen, chinesischen, kubanischen, aber auch der deutschen Novemberrevolution fiel in der alten BRD mit dem Aufbegehren insbesondere der studentischen Generation um 1968 zusammen. Die spürte wie ein empfindlicher Sensor, dass sich die Gesellschaft wandelte, dass der restaurative Kapitalismus an sein Ende stoßen könnte. Die studentische Jugend wollte mit der faschistischen Barbarei brechen und sie gewahr instinktiv, dass die neuen Produktivkräfte nach einem anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmen verlangen könnten.¹¹

In den eher autoritären, konservativen politischen Systemen des Westens sahen sie dafür keinen ausreichenden Spielraum. Sie setzten auf soziale Befreiung, Emanzipation, Selbstverwirklichung. Hier kamen die romantisierenden Erinnerungen an die großen Revolutionen gerade recht. Aber auch Historiker und Politologen entdeckten in der jüngeren Vergangenheit augenscheinliche Spielräume für eine solche Selbstbefreiung. Insbesondere die Studien von Peter von Oertzen und Eberhard Kolb¹² sorgten diesbezüglich im Westen für Furore. Wenn das als autoritär empfundene Sozialismusmodell des Ostens nicht behagte, dann bot der Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens eine Alternative. Und der hatte, wie sich herausstellte, auch theoretische und sogar praktische Vorläufer in der deutschen Zeitgeschichte.

Wenn Sebastian Haffner von der „Verratenen Revolution“¹³ 1918/19 durch die SPD sprach, war dies die eine Seite, die erklärte, warum es damals schiefging. Die Studien zu den Räten zeigten jedoch das Potenzial, wenn einfache Arbeiter, Soldaten, Matrosen versuchten, ihr Schicksal und das ihres Landes in die eigenen Hände zu nehmen. In Vorbereitung auf dieses Kolloquium waren die Arbeiten von Hans Hautmann, sowohl seine „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“¹⁴ als auch die „Verlorene Räterepublik“,¹⁵ für mich Neu- bzw. Wiederentdeckungen, die über die Fußnote entsprechender Studien hinausging. Denn hier hat ein österreichischer linker Historiker Standards gesetzt. Gleichzeitig verblissen viele der deutschen Erfahrungen mit einer alternativen Macht der Arbeiterklasse und der einfachen Bürger vor dem Hintergrund dessen, was für eine kurze Zeit beim süd-

lichen Nachbarn möglich zu sein schien. Hautmann hat natürlich Recht, dass „der auffälligste Unterschied zwischen der deutschen und der österreichischen Rätebewegung [...] in der Asynchronität und Dauer ihres Machteinflusses“ lag.¹⁶

Letztlich blieb der Räteidee der 1968er Studentenbewegung eine Utopie, die so nicht umgesetzt werden konnte. Das politische System des Kapitalismus erwies sich als anpassungsfähig und flexibel. Und doch fand bei aller Beschränktheit und allem Ausnutzen solcher Ansätze für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems zumindest der basisdemokratische Ansatz seit Ausgang der 1960er Jahren zumindest aus bundesdeutscher Sicht tatsächlich Zuspruch und praktische Umsetzung. Die damals beginnenden neuen sozialen Bewegungen schufen mit den Bürgerinitiativen, mit einer Vielzahl von Bewegungen für Frieden, Umwelt, gegen Kernkraft, gegen sehr konkrete Eingriffe in ökologische und gelegentlich soziale Strukturen, mit ihrem Kampf für Frauenrechte oder eine demokratischere Universität tatsächlich neue Bewegungsformen der politischen Auseinandersetzung und der demokratischen Artikulation und – wenn auch mühselig – der demokratischen Einflussnahme.

Hier vollzog sich auch eine Wechselwirkung wie eine Scheidung zwischen der alten, der Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen, die junge Intellektuelle, Frauen, neue „Mittelschichten“ erfassten. Die Bereitschaft und Fähigkeit, konkrete gesellschaftliche Verhältnisse in Frage zu stellen und sukzessive sie zu überwinden, wurde möglich. Die Vielfalt der Themen erweiterte das Spektrum der politischen Auseinandersetzung in und gegen den realen Kapitalismus. Gleichzeitig schwächte diese Auffächerung auch als Zersplitterung den traditionellen und sichtlich nicht erledigten Kampf gegen das Kapital.

Wer Krieg und Kapitalismus überwinden will, braucht Macht

Es war kein Zufall, dass sich in den revolutionären Kämpfen gegen den Krieg, gegen die Repression und für mehr Demokratie und Sozialismus gegen Ende des ersten weltweiten imperialistischen Krieges die Arbeiterbewegung und ihre weitsichtigsten Funktionäre eines neuen Instruments politischer Machtausübung aneigneten. „Im Rätegedanken“, so schreibt Hautmann, „steckt das elementare Streben nach möglichst unmittelbarer Teilnahme des einzelnen wie auch, im kollektiven Sinn, der Basis der Ge-

sellschaft am öffentlichen Leben, der Gedanke der Selbstherrschaft der Massen, verbunden mit dem Willen zur Umgestaltung und Überwindung der Klassenherrschaft.“¹⁷

Aus den Kämpfen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien der Vorkriegszeit bis 1914 war klar, dass sich die Arbeiter organisieren mussten, wenn sie ihre Interessen durchsetzen wollten. In den zugespitzten Klassenkampfssituationen konnten sie sich nicht allein auf die wachsende parlamentarische Verwurzelung und Begleitung ihrer existenziellen Kämpfe verlassen. Denn noch waren die sozialdemokratischen Parteien Opposition, mussten sich selbst den Spielregeln des reaktionären politischen Systems unterwerfen und sorgten sich um Repressionsgefahren für ihre parlamentarische Arbeit.

In den Streiks entschieden aber die Arbeiter und ihre Gewerkschaften über die sinn- und erfolgversprechenden Kampfformen. Um sie zu formulieren und vor allem umzusetzen, brauchte es der Aktivisten, wie wir heute sagen würden, die handelten. Gestandene, oft qualifizierte Arbeiter, erfahren in Partei- und Gewerkschaftsdingen. Die Streikleitungen und Ausschüsse wurden basisdemokratisch legitimiert. Jeder kannte jeden, Vertrauen war möglich, aber auch die Abberufung jener, die zu weich, zu unentschlossen waren. Es waren Organe von sich politisch bewusst werdenden Arbeitern und Soldaten, nicht einfach die Masse der Wähler des Parlamentarismus, die nur im Moment einer gelegentlich stattfindenden Wahl gefragt wurden und zu entscheiden hatten – oder lieber zu Hause blieben. Als Kampfinstrumente und Machtorgane sollten die Räte nicht nur diskutieren und entscheiden, sondern selbst handeln, exekutiv wirken.

Aus den Streikleitungen gerade des großen Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 in Deutschland rekrutieren sich Ende Oktober, Anfang November im Deutschen Reich die Matrosen-, Soldaten-, vor allem aber Arbeiterräte. Sie konnten, beginnend in Kiel, die Forderungen für die weiteren Auseinandersetzungen formulieren: Freilassung bzw. Straffreiheit für diejenigen, die sich an den Aufstandsaktionen beteiligten, vor allem aber so schnell wie möglich Frieden, das Ende des Belagerungszustandes, demokratische Reformen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht für Mann und Frau, unabhängig von sozialer oder steuerlicher Stellung. In der Frage, ob Kriegsgewinnler und Kriegsschuldige



Revolutionäre Soldaten im November 1918 vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

bestraft und enteignet werden sollten oder hinsichtlich des Übergangs zur Republik und zur Beseitigung der regionalen Königs- und Fürstenhäuser, war man oft unentschlossen, ja zerstritten. Das betraf erst recht die generelle Forderung nach einer Sozialisierung des kapitalistischen wie junkerlichen Eigentums.¹⁸

Wenn wir die Forderungskataloge der einzelnen Räte nebeneinander legen, dann ist schnell zu sehen, wer hier die Feder geführt hat: Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Spartakusleute oder Revolutionäre Obleute.¹⁹ Entsprechend fielen die Akzente aus. Auch die Praxis der Räte war unterschiedlich – tatsächliche Machtorgane bis hin zu bewaffneter Gewalt in Krisensituationen, aktiv in der Verteilung von Lebensmitteln, Wohnungen und Arbeit oder auch nur das revolutionäre Feigenblatt für die normal weiterarbeitende alte Ministerialbürokratie, der in dieser Revolution qua Erlass des Rates der Volksbeauftragten nicht nur kein Haar zu krümmen war, sondern die nur weiter ihre Pflicht zu erfüllen haben.

Es gab revolutionäre Räte, aber in nicht wenigen Räten fanden sich alte Eliten wieder, konnte leicht ein alter kaisertreuer Bürgermeister seine Ratsherren zusammennehmen und einen Genossen der MSPD auffordern, nun endlich einen solchen Rat zu bilden. So waren reibungslose Zusammenarbeit und kaum radikale Veränderungen garantiert.

Es wundert angesichts des realen Kräfteverhältnisses in der deutschen Gesellschaft und vor allem in der Linken nicht, dass schon der erste Reichsrätekongress vom 16. bis 21. Dezember 1918 die Selbstentmachtung der Räte als Revolu-

tionsorgane brachte. Die meisten Delegierten waren Mehrheitssozialdemokraten, ihrer Partei, oft auch im Brotberuf als Funktionär, verpflichtet. Sie akzeptierten den Weg zur parlamentarischen Demokratie und das Ende der Revolution. Die brachte wichtige demokratische und soziale Verbesserungen, aber ließ den alten Eliten von Militär, Ministerialbürokratie, Justiz die wahre Macht und tastete die Eigentumsverhältnisse nicht an.

Trotzdem blieb die Erfahrung, dass der Arbeiter, die Arbeiterin, der Soldat in Krisenzeiten handeln können – für ihre Interessen, für einen radikalen Wandel, ja eine Revolution. Gelegenheit dazu sollten sie selten bekommen, wenn sie aber kam, dann versuchten sie es erneut. Aber in der Tat konnten, mit Hans Hautmann, in den Räten nicht nur österreichische oder deutsche oder russische „Arbeiter zu Zehntausenden“ Erfahrungen „in der Schule der Räte Demokratie“ sammeln²⁰ und ein Bewusstsein als Klasse und als Machthabende gewinnen.

Das war so 1945/46 in Deutschland, als in allen Besatzungszonen – unterschiedlich von den Besatzungsmächten goutiert – Arbeiter in Antifa-Ausschüssen, in wieder gebildeten Betriebsräten die Milderung der Not, den Wiederaufbau, das Ausmerzen des faschistischen Ungeistes in die Hand nahmen.²¹ Und siehe da – das heute wieder geläufige Argument, dass einfache Arbeiter nicht einer so großen Aufgabe gewachsen seien –, zerstob in der Praxis. Natürlich machten sie Fehler, mussten Lehrgeld zahlen, griffen auf „bürgerliche Spezialisten“ zurück, denen sie oft genau auf die Finger schauen mussten, aber es ging. So zumindest die Erfahrungen im

Osten Deutschlands, in den osteuropäischen Staaten, an die sich allerdings in postsozialistischen Zeiten niemand mehr erinnern will.

Noch eine Erfahrung sei benannt: Als 1989 in der DDR Bürgerbewegte, SED-Reformer, die normale, sich noch nicht der Abkehr von ihrem Staat und dem Sozialismus verschriebene Mehrheit in der tiefen Krise des Realsozialismus eine antistalinistische Revolution versuchte, war dieser Wille zu basisdemokratischen Strukturen, zum Einmischen in die eigenen Angelegenheiten, zum praktischen Handeln wieder da. Nun waren es Runde Tische, neu gewählte Betriebsräte, die nach Lösungen für die konkreten Arbeitsbereiche suchten, die Direktoren abberiefen und neue wählten, die selbst einen demokratischen Sozialismus im Großen wie im Kleinen aufbauen wollten.²² Der massive Eingriff des westdeutschen Nachbarn sorgte dafür, dass diese Revolution abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration hinübergeleitet wurde.²³ Die basisdemokratischen Organe, selbst der Versuch einer neuen Verfassung des Runden Tisches 1990, der dies alles zu kodifizieren suchte, sollte angesichts der bundesdeutschen Vormacht und der strikten Ablehnung solcher Basisdemokratie jenseits des sichtlich leichter im Interesse des Kapitals zu kontrollierenden und manipulierenden Parlamentarismus keine Geltung haben. Und die bundesdeutschen Gewerkschaften stießen letztlich in das gleiche Horn, wenn sie allein das bundesdeutsche Mitbestimmungsrecht (d.h. das Betriebsverfassungsgesetz) gelten lassen wollten. Eines Rechtes, das in der Tradition der Preisgabe des Rätegedankens bereits in der Weimarer Republik stand.

Was soll Demokratie? Grenzen und Chancen der Räte Demokratie

Wir stehen zweifellos heute vor der Aufgabe, sehr kritisch mit diesen Erinnerungen umzugehen. Wir müssen uns fragen, warum bereits nach Monaten in Deutschland und nach wenigen Jahren in Österreich diese revolutionären Demokratievorstellungen und vor allem diese revolutionäre Demokratiepraxis scheiterten. Zweifellos waren die Gegner einer solchen Wendung der Geschichte und einer solch radikalen Bedrohung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse stark; wenn es möglich war, auch bereit, mit brutalster Gewalt dagegen vorzugehen, in Deutschland schon seit dem Dezember 1918 eine lange

Blutspur ziehend, in Österreich mit anderthalb Jahrzehnten Verzögerung 1934 und generell nach innen und außen mit dem deutschen Faschismus.

Problematischer ist die Uneinigkeit der potenziellen Linken, ihre fehlenden theoretischen Einsichten, ihre mangelnde Kraft zum gemeinsamen Handeln, oft genug der Kampf nicht gegen das Kapital sondern gegen die eigenen Genossen. Das spontane Handeln konnte neue Machtorgane hervorbringen, es bleibt die Frage, wer ihnen Richtung geben konnte, wer einen theoretischen Vorlauf schafft und praktisch das gemeinsame Handeln in einem Staat organisiert. Nur das hohe Lied der Räte zu singen und diese Schwierigkeiten nicht zu sehen und dafür um Lösungen zu ringen, wird in neue Niederlagen führen, auch wenn heute moderne intelligente Technik es verlockend erscheinen lässt, Demokratie neu zu definieren und zu organisieren. Zum Schluss steht immer die Frage, wer diese demokratische Macht ausübt und vor allem wofür und für wen.

Wir stehen heute vor der Herausforderung, dass die praktischen Erfahrungen mit einer Demokratie von unten, mit einer Macht der Arbeitenden und Werktätigen zunehmend vergessen sind und verunglimpft werden. Andererseits erleben viele die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen sozialer Bewegungen, egal, ob alter oder neuer. Das Erinnern und das Lernen wird immer wieder von Neuem beginnen müssen.

Hans Hautmann hat in seiner grundlegenden Studie über die Rätebewegung hervorgehoben, dass es notwendig ist, die Rätebewegung „dem Dunkel der Geschichte zu entreißen, sie aus dem Schatten an Licht zu ziehen, zu zeigen, dass unser Land und unser Volk auch revolutionäre Tradition besitzen“.²⁴ Dies ist drei Jahrzehnte später und nach der großen Niederlage der Linken 1989/91 und angesichts des heutigen Vormarsches rechts-konservativer Kräfte nötiger denn je.

Anmerkungen:

1/ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: ders./Friedrich Engels: Werke, Bd. 1. Berlin: Dietz-Verlag 1961, S. 385.

2/ Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich. Berlin: Dietz-Verlag 1984 (Schriftenreihe Geschichte).

3/ Erschienen in: Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hg.): Das Echo der russischen Revolutionen. Teil 2: Von Deutschland bis Lateinamerika. Eine Welt im Umbruch (1917–1922). Berlin 2017 (Pankower Vorträge,

Heft 214), S. 24–29.

4/ Bernd Riexinger: Unbefangen, neugierig und kritisch mit Geschichte umgehen. Begrüßung. Wissenschaftliche Konferenz des Parteivorstandes und der Historischen Kommission der LINKEN „Epochenbruch 1914–1923“, 24.2.2018 (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission/konferenz-epochenbruch-1914-1923/news-default-detailseite/news/unbefangen-neugierig-und-kritisch-mit-geschichte-umgehen> [22.11.2018]).

5/ Siehe z.B. Hans Hautmann: Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation. Wien: Globus-Verlag 2014, S. 38ff.

6/ Siehe zur deutschen Novemberrevolution und ihren Nachwirkungen: Stefan Bollinger: November '18. Wie die Revolution nach Deutschland kam. Berlin: edition ost 2018. Ein Überblick zur wissenschaftlichen Diskussion zum Thema findet sich bei: Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze: 100 Jahre Novemberrevolution. Ein Literaturbericht, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 115 (2018), S. 33–43.

7/ So programmatisch vor knapp einem Jahrzehnt: Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19. Göttingen: Springer Verlag 2010.

8/ So der Titel eines Buches, das erst heute die deutsche Öffentlichkeit aufzuschrecken vermag: Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Bonn: Propyläen 2017.

9/ Eine gute Übersicht über den Wandel dieser Geschichtsdeutungen bietet Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: De Gruyter 2013.

10/ Die Interpretation bestimmten klare Positionen der SED-Führung, die 1958 verbindlich wurden: Die Novemberrevolution in Deutschland. Thesen anlässlich des 40. Jahrestages. [Beschluss des Zentralkomitees vom 19. September 1958 (2. Tagung)], in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII. Berlin: Dietz-Verlag 1961, S. 378f.

11/ Ausführlich zu diesem Ansatz: Stefan Bollinger: 1968 – die unverstandene Weichenstellung. Berlin 2008 (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bd. 44).

12/ Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. Düsseldorf: Droste Verlag 1963; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Frankfurt/M., Berlin, Wien: Ullstein Verlag 1978 (Erstausgabe Düsseldorf: Droste Verlag 1962).

13/ Siehe Sebastian Haffner: Die verratenen Revolution. Deutschland 1918/19. Bern, München, Wien: Scherz Verlag 1969. Spätere Aus-

gaben verzichteten teilweise auf den Verratsbegriff und begnügten sich mit dem Titel „1918/1919 – eine deutsche Revolution“. So die Ausgabe unter diesem Titel bei Reinbek bei Hamburg: rowohlt 1981.

14/ Siehe Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien: Europa-Verlag 1987.

15/ Siehe ders.: Die verlorene Räterepublik.

Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa-Verlag 1971.

16/ Hautmann: Rätebewegung, S. 683.

17/ Ebd., S. 17.

18/ So schon ablesbar aus den ersten Forderungen der Matrosen, Soldaten und Arbeiter Anfang November 1918 in Kiel zu Beginn der Revolution: Kurt Artelt: Mit der roten Fahne zum Vizeadmiral Souchon, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919. Berlin: Dietz-Verlag 1957, S. 93f.; Lothar Popp, unter Mitarbeit von Karl Artelt: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1919. Wie die deutsche Republik entstand. Kiel: Behrens 1918, S. 16.

19/ Siehe z.B. Gerhard Engel: Potenzen und Grenzen der Räte in der deutschen Revolution 1918/19, in: „Helle Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (Hg.): Revolution gegen Kaiser und Krieg 1918/19. Für demokratische Republik, Frieden und Sozialismus? Teil 1: Zum Platz der Novemberrevolution in der Geschichte. Berlin 2018 (Pankower Vorträge, Heft 219), S. 28–34.

20/ Hautmann: Rätebewegung, S. 687.

21/ Gerade weil es vergessen und verdrängt wird: Das galt auch für die westlichen Besatzungszonen. Siehe vor allem Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1976.

22/ Siehe z.B. Stefan Bollinger: Basisdemokratie und Verteidigung der Rechte abhängig Beschäftigter – Was aus den Erfahrungen des 41. Jahres der DDR zu lernen ist, in: Siegfried Prokop/Rainer Holze (Hg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag. Berlin: Dietz-Verlag 2011, S. 167–179.

23/ Siehe ders.: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999; ders. (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin: Dietz-Verlag 2004.

24/ Hautmann: Rätebewegung, S. 687.

